

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1885

21.1.1885 (No. 17)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 21. Januar.

№ 17.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1885.

Amflicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 14. Januar d. J. gnädigst geruht, den Vorstand der Höheren Bürgerschule in Achern, Professor Hermann Durler, zum Rektor der erweiterten Volksschule zu Mannheim zu ernennen.

Nicht-Amflicher Theil.

Politische Rundschau.

Karlsruhe, den 20. Januar.

Ueber die weiter unten eingehender erwähnten Aktienstücke, die Reklamationen deutscher Reichsangehöriger auf den Fidjji-Inseln betreffend, urtheilt die demokratische „Frankf. Ztg.“: „Die Sammlung dieser Aktienstücke ist ein neuer Beweis für die überlegene Diplomatie des Fürsten Bismarck, dem gegenüber Lord Granville einen ununterbrochenen Rückzug hat antreten müssen, dessen Tempo um so schneller wurde, je energischer der Ton in den Noten Bismarck's wurde. Da eine zwingende Veranlassung zur Veröffentlichung dieser Aktienstücke zur Zeit nicht gerade erkennbar ist, muß man annehmen, daß ihr Hauptzweck darin besteht, zu zeigen, wie nachdrücklich der Reichskanzler die Interessen der deutschen Reichsbürger auch in fremden Kolonien zu vertreten bereit ist.“

Die Berathung des Redaktionsausschusses der Congo-Kommission, namentlich über den etwaigen Unterschied zwischen Oberhoheit, Schutzherrschaft (protectorat) oder Schutzwahlrecht (protection), wozu letzterer Ausdruck sich in dem von Deutschland vorgelegten Deklarationsentwurf findet, soll, was die Anwendung der bezüglichen Verpflichtungen angeht, noch nicht zu einem vollständigen Abschluß geführt haben. Dieser wird vielleicht der Kommission und dann natürlich weiterhin der Konferenz überlassen werden. Das hauptsächlichste Interesse der Congo-Angelegenheit ist jetzt in Paris. Dort soll Frankreich mit Portugal unterhandeln und dieses zum Aufgeben wenigstens eines Theiles seiner Forderungen zu bewegen suchen. Auch das wird als ein äußerlicher Beweis angeführt, daß Frankreich nicht hinter Portugal stehe. Von etwaigen Fortschritten der Verhandlung hat man noch nichts sicheres erfahren. Man hört nur, Portugal solle, auf den Vorschlag, seine Ansprüche an der Congomündung auf die Südseite zu beschränken und die Nordseite mit Banana der Gesellschaft zu überlassen, bisher erwidert haben, Portugal besitze dort unbestritten eingeschlossene Gebiete, Enclaven, welche abzutreten der König laut der Verfassung außer Stande sei. Die Erwartung eines Ausgleichs wird indessen nicht aufgegeben und man muß hoffen, daß derselbe vor dem Schluß der Konferenz, die nun schon zwei Monate tagt, ermöglicht werde.

Falls der Madrider Telegraph die Aeußerungen des Ministers des Auswärtigen in der Deputiertenkammer in der von uns mitgetheilten Depesche richtig wiedergegeben hat, so befinden sich in derselben zwei offenbar mißverständliche Punkte und einer, der noch der Aufklärung bedürftig wird. Die Berliner Konferenzmitglieder werden zuerst nicht ohne einige Verwunderung durch jene Erklärung gehört haben, daß die „Frage wegen Abschaffung des Durchsuchungsrechts“ der Konferenz vorliege und England einer Reform nicht unbedingt abgeneigt sei. Damit ist ohne Zweifel an die Denkschrift Spaniens erinnert, die eine Revision der Verträge wegen des Sklavenhandels an der Westküste Afrikas anregte, namentlich auch wegen der oft übertriebenen und unwirksamen Durchsuchung der Schiffe. Es war das aber seitens Spaniens der Ausdruck eines Wunsches, die Anregung der Lösung einer Zukunftsfrage, die mehrfach günstig aufgenommen wurde und auch gewiß einmal später ihre guten Früchte tragen wird. Die Frage liegt aber, soviel man weiß, der Konferenz nicht vor, hat auch keine Abstimmung veranlaßt. Daß ferner der Deutsche Reichstag die von ihm noch nicht verlangten Kosten für die Botschaft in Madrid nicht verweigert hat, wie das der spanische Minister zu verstehen gab, ist ebenfalls bekannt. Der Aufklärung bedarf endlich, was der Minister über die Verzögerung des Abkommens zwischen Deutschland, England und Spanien sagte, allerdings nicht bezüglich der spanischen Oberhoheit auf den Sulu-Inseln, sondern wegen Neu-Bornes. In Berlin hatte am 8. und noch bestimmter am 13. Januar an verschiedenen gewöhnlich unterrichteten Stellen verlautet, der Abschluß jenes Nebereinkommens stehe bevor oder sei schon erfolgt. Der Widerspruch wird wohl bald aufgeklärt werden.

Die adierte neueste Sammlung von Aktienstücken, welche auf die deutsche Kolonialpolitik Bezug haben, ist erschienen. Sie führt den Titel „Deutsche Land-Reklamationen auf Fidjji“. Es sind nicht weniger als 33 mitunter sehr umfangreiche Aktienstücke, welche ein recht stattliches Volumen von 75 Seiten Großfolio bilden. Dieselben umfassen den Zeitraum vom 31. Oktober 1874 bis 16. September 1884, also nahezu 10 Jahre.

In kurzem sei vorausgeschickt: Eine größere Anzahl von Deutschen hatte kleineren oder größeren Landbesitz auf Fidjji erworben und bedeutende deutsche Kapitalien auf dieser Insel angelegt, als am 10. Oktober 1874 die englische Regierung diese Inseln der englischen Krone einverleibte. Die deutsche Regierung beehrte diese Annerkennung mit Freuden, indem sie hoffte, daß die Deutschen ausreichenden Schutz unter der englischen Herrschaft finden würden. Diese Hoffnung erfüllte sich indes nicht. Zunächst wurden von englischen Bevollmächtigten die Landwerbungen angefochten und der Gerichtshof, welcher eingesetzt wurde, die Landwerbungen zu untersuchen, verfuhr in nicht gerade unparteiischer Weise. Er war aus englischen Verwaltungsbeamten zusammengesetzt, welche den Deutschen ganz klares Eigentum abstrachen und das betreffende Land ohne weiteres der englischen Krone zuerkannten. Außerdem wurde die Sache in ganz außerordentlicher Weise verschleppt. Die deutsche Regierung intervenirte anfangs ganz generell und in sehr entgegenkommender Weise. Als jedoch von Seiten des englischen Kolonialamtes unerfüllbare Forderungen gestellt wurden und die Verschleppungstheorie in unerträgliche Prozis umgesetzt wurde, nahmen die Notizen einen energischeren Ton an. Die Verhandlungen wurden nur direkt mit der englischen Regierung geführt, die anfangs zögernd, doch später vollständig nachgab, bis schließlich beide Mächte übereinkamen, durch eine gemischte Kommission die Fidjji-Reklamationen zu untersuchen und das Resultat dieser Prüfung der deutschen und großbritannischen Regierung vorlegen zu lassen. Die Reklamationen betrafen: Erwerbungen der Herren Johann Pflüger aus Wack in Württemberg im Gesamtwert von ungefähr 10,000 M., des Kaufmanns Friedrich César Seidemann in Sidney aus Hamburg, des Kaufmanns Karl C. Sahl für die Firma Rabone Freg u. Comp.

Das Telegramm des Grafen Münster, welches die Vorschläge der englischen Regierung enthält, die schließlich von der deutschen acceptirt wurden, lautet wie folgt:

London, den 19. Juni 1884. Auf den Erlaß vom 7. Juni beziehe ich mich folgendes gehoramt zu berichten: Ich habe die Fidjji-Angelegenheit mit Lord Granville wiederholt besprochen und habe ihm vorgelegt, wie ernst Euer Durchlaucht diese Sache auffassen. Lord Granville hat mir erklärt, die großbritannische Regierung habe die feste Absicht, Euer Durchlaucht Wünschen zu entsprechen. Lord Granville schlägt vor, eine Kommission, welche aus einem deutschen und einem englischen Beamten besteht, zu ernennen; dieselbe soll die einzelnen Entschädigungsansprüche prüfen und das Ergebnis dieser Prüfung den beiderseitigen Regierungen unterbreiten. Münster. An das Auswärtige Amt in Berlin.

Zu den dreitägigen Verhandlungen des Reichstags aus Anlaß des Antrages von Hertling über gesetzliche Maßregeln zum Schutze der Arbeiter äußert sich die „Post“ in nachfolgender Weise:

„Das positive Ergebnis entspricht der Dauer der Erörterung nicht. Aus dem Inhalte derselben läßt sich eine brauchbare Grundlage für eine positive Gesetzgebung größeren Stiles nicht herleiten. Nicht als ob das Bedürfnis der Abhilfe durch legislatorische Maßnahmen an sich zweifelhaft wäre. Mit Ausnahme der deutschfreisinnigen Partei, welche in echt manchesterlicher Weise in kühl abwartender Stellung verbarre, haben alle Parteien und zwar zumieist durch positive Anträge, ihr lebhaftes Interesse zur Sache bekundet, das Bedürfnis gesetzgeberischen Einschreitens anerkannt. Allein über das, was zweckmäßig und durchführbar ist, wird man aus den Verhandlungen schwerlich ein sicheres Urtheil gewinnen. Die formulirten Gesetzesvorschläge Kropatschek und Kohren berührten die weitaus wichtigste Frage, den Normalarbeitsstag, überhaupt nicht; die weitgehenden Beschränkungen, welche der Erstere für Frauen- und Kinderarbeit auch am Tage einführen wollte, wurde von sachkundigen Rednern, auch aus der deutschkonservativen Partei, im Interesse der Arbeiter selbst entschieden bekämpft und selbst das von Herrn Kohren vorgeschlagene allgemeine Verbot der Nachtarbeit der Frauen fand nur unter der Voraussetzung weitgehender Ausnahmen Zustimmung.“

Der v. Hertling'sche Antrag selbst bewegt sich in völlig allgemeinen Redewendungen, bei denen sich jeder so ziemlich etwas anderes denken kann. Die Centrumredner vermieden es auch sorgfältig, demselben einen greifbaren Inhalt zu geben. Dem agitatorischen Zwecke genügt die Phrase und die freie Hand bleibt jedem positiven Vorschläge gegenüber völlig gewahrt. Mit vollem Rechte hat der Kanzler diese Art des Vorgehens in ironischer Weise gekennzeichnet. Wäre es dem Centrum in der That Ernst um die Sache, so würden seine Vertreter ein positives Programm haben geben müssen, welches die Grundlinien einer sozialen Gesetzgebung in seinem Sinne vorgezeichnet. Daß dieselben statt dessen mit allgemeinen und überaus verschiedener Auffassung fähigen Phrasen sich behielten, beweist, daß sie über die Lösung der Frage, welche sie der Regierung ansinnen, sich selbst keineswegs klar sind. Das ist freilich sehr bequemer, entspricht aber der Pflicht des Volksvertreters um so weniger, als die Unbegrenztheit der Forderungen unerfüllbare Wünsche und Ansprüche in der arbeitenden Bevölkerung hervorzurufen, diese gegen die Arbeitgeber in unheilvoller Weise verlegen muß. In dieser Hinsicht ist es besonders bezeichnend und zur Warnung dienend, wie lebhaft die Sozialdemokraten sich des Centrumsantrages bemächtigt. Mit so allgemeinen Schlagworten, wie sie die Centrumredner in's Feld führten, und mit so völliger Unkenntnis der elementarsten wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie aus dem Schorlemer'schen Ausspruch, daß auf den Export verzichtet werden müsse, wenn er ohne Sonntagsarbeit nicht bestehen könne, und dem Hertling'schen, daß es nichts verschlaue, wenn der Arbeitgeber in Folge gänzlicher Beseitigung der Sonntagsarbeit den siebenten Theil seines Gewinnes einbüße, fördert man allerdings nur die Sozialdemokratie.

Was insbesondere den Normalarbeitsstag anlangt, so ist mit diesem und dem Worte Maximalarbeitsstag offenbar ein wesentlich verschiedener Begriff verbunden, welcher in der Verhandlung sehr

zum Schaden der Klarheit, nach dem Vorgange des v. Hertling'schen Antrags nicht ausreichend unterschieden ist. Die Sozialdemokraten verbinden mit der Forderung des Normalarbeitsstages den Zweck, im Wege der Gesetzgebung eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen. In England und mehr noch in den englischen Kolonien ist dieser Zweck bei dem Streben nach Fixirung der Arbeitszeit gleichfalls in den Vordergrund getreten. In den letzteren hat man schon achtstündige Arbeitszeit erreicht. Völlig verschieden davon ist offenbar der Gedanke, was jetzt in Bezug auf die Dauer der Arbeitszeit bereits Regel ist, und was demzufolge mit den Interessen der Industrie vereinbar ist, gesetzlich zu fixiren, um mißbräuchlichen Ausnahmen einen Riegel vorzuschreiben. Ziele der erstgedachten Art werden von der von dem Fürsten Bismarck geübten scharfen Kritik in vollem Umfange getroffen, nicht in dem gleichen Maße ist dies bezüglich des zuletzt erwähnten beschränkten Begriffes des Maximalarbeitsstages der Fall. Auf dieser Grundlage halten wir vielmehr die Fixirung eines Maximalarbeitsstages für durchführbar und zweckmäßig, verhehlen uns aber nicht, daß damit den Wünschen und Erwartungen weiter Kreise der arbeitenden Bevölkerung in keiner Weise genügt sein würde.

Über selbst für die gesetzliche Regelung der Maximalarbeitszeit in diesem eng begrenzten Sinne bieten die Verhandlungen keinen ausreichenden Anhalt. Wir haben wenigstens nicht erleben können, ob man 11, 12 oder 13 Stunden für das richtige Maß ansieht und für welche Erwerbszweige man eine abweichende Regelung für geboten hält.

Kurzum es mögen Einzelfragen, wie z. B. die Ausdehnung der Bestimmungen über die Nachtarbeit der Kinder und Frauen schon jetzt spruchreif und sofort zu erledigen sein, allein in der Hauptsache fehlt der sichere thatsächliche Boden für ein erfolgreiches gesetzgeberisches Vorgehen. Insofern entbehrt der national-liberale Antrag auf Anstellung einer Enquete der Berechtigung nicht.“

Deutschland.

* Berlin, 19. Jan. Die Errichtung einer Unteroffizier-Vorschule in Neubreisach, wofür einschließlich der Kosten für Terrainerwerb und Verlegung des Festungsbauhofes insgesamt 289,000 M. als erforderlich betrachtet wurden, ist auch heute wieder nach längerer Debatte von der Reichstags-Mehrheit gegen die Stimmen der Konservativen und der Nationalliberalen abgelehnt worden. — Morgen Nachmittag findet wiederum eine Kommissionsitzung der Afrikanischen Konferenz statt. — Bischof Kopp hat sich wieder von hier nach Fulda zurückgegeben.

Die Kommission für die Arbeiter-Schutzgesetzgebung hat zum Vorsitzenden den Abgeordneten Mueffing, zu dessen Stellvertreter den Abgeordneten Auermann, zu Schriftführern die Abgeordneten v. Gruben und Papellier gewählt. Von Seiten des Centrums wurde angekündigt, daß man von dort aus der Kommission einen vollständigen Gesetzentwurf vorlegen wolle. Die Kommission wird daher erst in 8-14 Tagen in Arbeit treten können. Von der nationalliberalen Partei gehören die Abgeordneten Buhl, Böttcher, Buderus und Haarmann der Kommission an, von der deutschfreisinnigen die Abgeordneten Herrmann, Schrader, Löwe, Papellier, Baumhach, von den Sozialdemokraten die Abgeordneten Auer und Grillenberger.

Die Kommission für die Vorberathung der Anträge Mündel und Reichenperger wegen der Wiedereinführung der Verurteilung in Straffachen nahm eine von den Konservativen und Nationalliberalen beantragte Resolution an, die es für inopportun erklärt, wenn das Haus sich mit dem Antrage beschäftige, nachdem die Reichsregierung einen diesbezüglichen Entwurf ausarbeiten lasse, und spricht den Wunsch baldiger Vorlegung dieses Entwurfs an den Reichstag aus.

Die Verhandlungen der Petitionskommission im Reichstage heute ein besonderes Interesse. Es standen zur Berathung die Eingaben einer Anzahl Firmen um Sendung eines Reichskommissars zur Welt-Ausstellung in Antwerpen. Die Vertreter der Regierung verhielten sich diesem Wunsche gegenüber entschieden ablehnend. Sie erklärten, es sei eine Art Ausstellungs-unwesen eingerissen, die Ausstellungen seien zu Märkten und Messen ausgeartet. Nur solche Ausstellungen werde das Reich fördern, welche auf internationaler Vereinbarung beruhen. Außerdem sei es zur Entscheidung eines Kommissars nach Antwerpen schon zu spät. Brömel und Bieder traten für die Entsendung eines Reichskommissars ein, die Mehrheit beschloß aber, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, jedoch schriftlich dem Plenum Bericht zu erstatten, damit die Sache im Reichstag zur Sprache komme.

Die Dampfer-Subventions-Kommission beriet heute die Linie nach Afrika und vertagte sich schließlich, ohne einen Beschluß zu fassen, zur Weiterberathung auf Freitag. Im Laufe der Debatte machte Geheimrath Köfing Mittheilungen über den Handel mit Afrika. Meier ist unter den jetzigen Umständen, namentlich im Hinblick auf den Congo, für die Linie und hofft, daß auch in Santa Lucia eine Niederlassung gegründet werde. Staatssekretär Stephan ist ebenfalls mehr aus Gründen der neuesten Politik, als wegen des jetzigen Exports für diese Linie, welche jetzt sehr wichtig sei, aber nicht für den

großen raschen Postverkehr. Die bestehenden deutschen Linien könnten mit den englischen nicht konkurrieren. Boermann erkennt die Wichtigkeit der Argumente für Afrika an, doch gefalle ihm nicht, daß das Projekt unvereinbare Interessen vereinigen solle. Die West- und Ostküste durch gemeinsame Anstalten zu verbinden sei schlechterdings unmöglich. Der Reichs-Postamts-Direktor Sachse theilt zur Aufklärung über die Absichten der Regierung mit, daß die Post als Hauptlinie Hamburg Capstadt in Aussicht nehme. In der Budgetkommission erklärte Staatssekretär Stephan, er halte es nicht für unmöglich, die Gebühren für Telegraphen- und Telephonverkehr herabzusetzen, lehne dies aber entschieden für die nächste Zeit mit Rücksicht auf die allgemeine Finanzlage ab. Deutschland habe den billigsten Tarif von allen Ländern. Zu Tit. 14 Kap. 3 des Postetats wird eine Erhöhung des Betrags zur Postarmen-Unterstützung von 200,000 auf 300,000 M. beantragt. Diese Erhöhung wurde zunächst beanstandet, da eine gesetzliche Verpflichtung zur Unterstützung der von Krankheit oder Unfall betroffenen Beamten des Postwesens durch die Unfall- und Krankenversicherung besteht und es wünschenswert erscheint, an die Stelle der diskretionären Befugnisse der Postdirektion der gesetzlichen Verpflichtung Geltung zu verschaffen. Mit Rücksicht darauf, daß die Unfallversicherung noch nicht in Kraft getreten ist, wird die Mehrforderung in diesem Jahre nicht weiter beanstandet, die Erhöhung um 100,000 M. jedoch im Etat als künftig wegfällig bezeichnet. Auf eine aus dem Schöße der Kommission an den Staatssekretär Stephan gerichtete Anfrage, ob durch die Post-Sparaffassen und die Einführung der Unfallversicherung eine erhebliche Steigerung des Personals notwendig würde, antwortete dieser dahin, daß die Unfallversicherung eine bedeutende Arbeitsvermehrung für die Post nicht schaffen würde und daß die Einführung der Post-Sparaffassen einen Nachtragsetat für die Post erforderlich machen werde.

Ueber die am 5. und 6. Januar in Frankfurt abgehaltene Tarifkonferenz zwischen den deutschen und österreichischen Bahnen erfährt die „Nordd. Allg. Ztg.“, daß letztere sich zur ferneren Anerkennung der Publizität aller Tarife und Tarifnachlässe im Wechselverkehre, sowie in den denselben beeinflussenden internen austro-ungarischen Verkehren und zu paritätischer Behandlung des konkurrierenden Wasser-Eisenbahn-Verkehres bereit erklärten. Nachdem durch die von den preussischen Staatsbahnen verlangte Anerkennung jener Grundsätze für die weiteren Verhandlungen eine Grundlage gewonnen war, konnte man sich über Einzelheiten der Inbetriebungsfragen ohne erhebliche Schwierigkeiten soweit verständigen, daß einer endgültigen Einigung Wege geebnet sind. Daß bei derartigen Verhandlungen nach erzielter Einigung über die Hauptfrage beiderseitiges Entgegenkommen in untergeordneten Punkten geboten sei, bedürfe kaum der Erwähnung. Die Behauptung österreichischer Blätter aber, daß die preussischen Bahnen ihre Forderungen zurückgezogen hätten, sei hiernach unzutreffend.

Man liest in der „Post“: Wir haben bisher keine Mitteilung von einer Versammlung gemacht, welche am Samstag Abend auf Einladung des Herzogs von Ratibor im Herrenhause zu dem Zwecke stattfand, dem Fürsten Reichskanzler aus Anlaß seines 70. Geburtstages und des demselben bald folgenden 50jährigen Jubiläums seines Eintritts in den Staatsdienst den Dank der Nation für seine Verdienste in einer Ehrenrede auszusprechen, da es uns wünschenswert erschien, nicht eher an die Öffentlichkeit zu treten, als bis der in dieser Hinsicht vorbereitete Aufruf durch die dafür eingesetzte Redaktionskommission festgestellt worden ist. Unterdessen laufen hier von verschiedenen Seiten Nachrichten über ähnliche Bestrebungen ein, und es ist dabei auch der Bildung des Berliner Komite's von befangener Seite Erwähnung gethan. Wir glauben deshalb, keinen Anstand nehmen zu dürfen, die so allgemein interessierende Angelegenheit zu erwähnen. Die am Samstag Versammelten hatten zunächst ein engeres Komite, bestehend aus den Herren Herzog v. Ratibor, v. Wedell-Biesdorf, v. Köllner u. a., dann eine Redaktionskommission für den von Herrn Dr. Sneyt entworfenen Aufruf gewählt, welche aus den Herren Sneyt, Friedenthal, Miquel und v. Hammerstein besteht. Das engeres Komite hat sich dann sofort bemüht, dem Werke möglichst viele Mitbeter aus allen Theilen des Vaterlandes zuzuführen, und in reichster Zahl freudige Zustimmung aus allen deutschen Staaten und von hervorragenden Männern der verschiedensten Richtungen erhalten, zugleich mit der Anerkennung, daß auf diese Weise eine Centralleitung für alle Bestrebungen in dieser Hinsicht gewonnen wird. Es wird deshalb morgen Abend im Reichstag noch eine Komitierung stattfinden, an welcher die Herren von auswärts teilnehmen werden, und die Veröffentlichung des Aufrufs ist am Mittwoch zu erwarten.

Braunschweig, 18. Jan. In einer heute hier abgehaltenen, von Angehörigen aller Stände und Parteien zahlreich besuchten Versammlung wurde die Bildung eines Komite's beschlossen, welches für das Herzogthum Braunschweig die Angelegenheit der Darbringung einer Ehrenrede an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck bei Gelegenheit des 70. Geburtstages desselben in die Hand nehmen soll.

Weimar, 19. Jan. Wie die „Weimarer Zeitung“ mittheilt, hat sich Prinz Wilhelm von Sachsen-Weimar (Neffe des Großherzogs, geb. 1853, Lieutenant im 2. badischen Dragonerregiment Nr. 21) mit der Prinzessin Gertra von Hohenburg-Wiblingen (Tochter des Fürsten Ferdinand v. Hohenburg-Wiblingen in Wächtersbach, geb. 18. Januar 1863) verlobt.

Oesterreich-Ungarn. Wien, 19. Jan. Wie die „Polit. Corresp.“ meldet, sprach der Kaiser dem spanischen Königspaare anlässlich der Elementarereignisse in Spanien telegraphisch sein Bedauern aus und spendete dem Opfern derselben 20,000 Francs.

Niederlande. Luxemburg, 19. Jan. Einer Meldung aus Haag zufolge hat der König erklärt, er habe keinen Grund, die

Demission des Ministeriums anzunehmen. Dasselbe wird bleiben.

Frankreich.

Paris, 19. Jan. „Monde“ dementirt die vom „Figaro“ gebrachten Gerüchte von einem Bruche Frankreichs mit dem Vatikan und hebt hervor, das nächste Konsistorium sei speziell dazu anberaumat, einen neuen französischen Bischof zu präkonisiren. Das Blatt hält es nicht für unmöglich, daß die Frage wegen drei französischer Kardinäle demnächst gelöst werde. — Das Vörsengericht, Courbet habe eine Niederlage erlitten, wird von der „Agence Havas“ als unbegründet bezeichnet. — Eine Depesche Briere's bezeichnet die Lage der Truppen im Tonkin als eine gute, der Gesundheitszustand sei vorzüglich. — Es heißt, der Kriegsminister würde der Kammer einen Gesetzentwurf betreffend eine Mobilisirung in kleinem Maßstabe unterbreiten. Nach demselben sollen die in Tonkin stehenden Bataillone durch Freiwillige aus der aktiven Armee, welche mindestens ein Jahr gedient haben, komplirt werden. Die auf diese Weise entstehenden Lücken in der Armee sollen durch eine entsprechende Anzahl junger Leute aus der Kategorie der zur Disposition des Kriegsministers Gestellten ausgefüllt werden. — Auf der italienischen Grenze am Mont-Cenis liegt zwei Meter hoher Schnee. Die Eisenbahn-Verbindung ist in Folge dessen mehrere Tage unterbrochen. — Heute war das Civilbegänis Edmund About's auf dem Kirchhofe Père-Lachaise; der Zubrang von Zuschauern war ungeheuer. Unter den Leidtragenden befand sich General Pittié, welcher den Präsidenten der Republik vertrat, dann die Minister Ferry, Cochery, Tirard, ferner eine Abordnung der französischen Akademie. Der Sarg war völlig mit Blumen und Kränzen bedeckt. Der Leichenwagen trug dreifarbig Nationalfarben. Vor dem Leichenwagen schritt eine Abordnung des Lycées Charlemagne sowie eine solche von hiesigen Elsaß-Lothringern; hinter dem Wagen schritt ein junges Mädchen in Elsäßer Volkstracht, die Tochter des Bildhauers Francis, welche im Jahre 1870 in Dieuze in Lothringen geboren ward. Hierauf folgten die vier Söhne des Verstorbenen. Am Grabe wurden mehrere Reden gehalten. — Die Beerdigung Wallerich's ist auf morgen verschoben worden.

Schweiz.

Bern, 19. Jan. Die Meldung italienischer Blätter, daß der Bundesrath in Betreff der Maßregeln gegen den Zollschmuggel an der italienisch-schweizerischen Grenze Konzessionen an Italien beschloßen habe, entbehrt nach bester Information jeglichen Anhalts.

Italien.

Rom, 19. Jan. Kammeritzung. Bei der fortgesetzten Spezialberatung der Eisenbahn-Konventionen beantragt Billia die einfache Tagesordnung bezüglich aller Sitzungen der Centralstellen und der die Betriebsdirektionen betreffenden Anträge. Depretis nimmt die Motion an. Billia stellt hierauf die Kabinettsfrage. Bei der namentlichen Abstimmung wird die einfache Tagesordnung mit 158 gegen 88 Stimmen angenommen.

Spanien.

Madrid, 20. Jan. In der Kammer äußerte sich auf die Interpellation Labres über die auswärtige Politik der Regierung Canovas del Castillo über Deutschland in der achtungsvollsten Weise; er betonte zugleich die Freundschaft mit Italien, die in dem Interesse Spaniens liege. Auf die Beziehungen zwischen Italien und der Kurie einzugehen lehnte Canovas ab. Spanien wolle einerseits seine Unabhängigkeit bewahren, andererseits den Katholizismus und die Achtung vor der Religion in Spanien erhalten sehen. Das Bestreben der Opposition, Spanien mit den Mächten zu entwerten, werde erfolglos sein.

Großbritannien.

London, 19. Jan. Nach einer Unterredung des Grafen Münster mit Lord Granville begaben sich die Botschafter Russlands und Oesterreichs zu Granville. Es heißt, dieselben hätten die Antworten ihrer Regierungen auf die Vorschläge Englands bezüglich Egyptens überbracht. — Lord Granville empfing heute Nachmittag Fehmi Pascha, welcher ihm durch Musurus Pascha vorgestellt wurde; er konferrirte darauf längere Zeit mit Fehmi. — Nach Malta erging gestern der Befehl, ein Regiment Infanterie nach Egypten zu senden, welches in Alexandrien landen soll. — Mit großer Spannung sieht man ferneren Nachrichten über den Verlauf des Wolsley'schen Wüstenzuges entgegen. Die letzte Depesche stammt von den El Howeiqat-Brunnen am 10. d. Sie liegen 12 km jenseits Hambol. Leider sieht sich die Lage nicht mehr so rosig an wie bei dem ersten Wüstenritte General Stewart's. Die Kamele sind von letztem noch übermüdet, haben seit 2 1/2 Tagen kein Wasser erhalten und fangen an zu humpeln, so daß die ursprüngliche Schnelligkeit des Vorstoßes nicht eingehalten ist. Ebenso ergeht es den Soldaten. Die ihnen bestimmte Ration Wasser von einem Maß täglich reicht nicht aus und gierig bieten sie an den Quellen einen Dollar für einen Becher, trotzdem das Wasser so trübe wie Erbsensuppe sein soll. Der Marsch beginnt frühmorgens um 2 Uhr und dauert den ganzen Tag fort, trotz der endlosen Schwierigkeiten des Wüstenrittes. Der Berichterstatter des „Standard“ meint, daß an ein Vorwärtkommen nicht zu denken sein würde, wenn die Araber sich hier feindlich entgegenstellten hätten.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 19. Jan. Die bei der Eröffnung des Reichstags vom König verlesene Thronrede kündigt unter andern folgende Gesetzentwürfe an: wegen Einsetzung eines neuen Staatsdepartements für Handel, Industrie und Ackerbau; Ausdehnung der Verpflichtung zu militärischen Uebungen, Entwicklung des Marinewesens und

definitive Regelung der Gehälter der Volksschullehrer. Das Budget ist unter Voraussetzung der Absetzung von 30 Proz. Grundsteuer aufgestellt. Eine neue Steuer oder Steuererhöhung wird nicht beantragt.

Rußland.

St. Petersburg, 19. Jan. Der „Neuen Zeit“ zufolge nahm der Reichsrath die Gesetzentwürfe betreffend die Einführung einer ergänzenden Prozent- und Repartitionssteuer von Handel und Industrie sowie erhöhter Zollsätze für etliche Importartikel an.

Helsingfors, 19. Jan. In den Kammern des Adelslandes und des Bürgerlandes des finnländischen Landtages werden die Debatten in schwedischer, diejenigen der Geistlichkeit und des Bauernstandes in finnischer Sprache geführt werden. Der Landtag wurde heute durch den Generalgouverneur Heyden namens des Kaisers offiziell eröffnet. Die russisch verfaßte Thronrede verlas Heyden, worauf ein Senator dieselbe in's Schwedische und Finnische übersetzte. Hierauf ersuchten die Ständewortführer Heyden, dem Kaiser die Ergebenheit und Dankbarkeit der Stände anlässlich der Landtags-Eröffnung zu übermitteln. Schließlich verlas der Senator ein Verzeichniß der Vorlagen, welche dem Landtage im Namen des Kaisers zugehen, worauf der Landmarschall ein Hoch auf den Kaiser ausbrachte.

Egypten.

Kairo, 19. Jan. Ein Bataillon Infanterie, eine Eskadron Husaren und zwei Geschütze sollen demnächst nach Suakin abgehen.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 20. Januar.

Heute Vormittag nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Staatsrath's Noll entgegen und empfing den Prinzen Wilhelm von Hohenzollern, welcher gestern dem Hofballe anwohnte und heute nach Straßburg zurückkehrte.

Nachmittags hörte Seine Königliche Hoheit verschiedene Vorträge.

Abends findet eine größere Hofafel statt, zu welcher Einladungen ergangen sind: an den Kaiserlich Königlich Oesterreichisch-Ungarischen Gesandten Fürsten Wrede und Gemahlin, an den Kaiserlich Russischen Gesandten Baron Fredericks und Gemahlin, an den Königlich Preussischen Gesandten von Emden, an den Kaiserlich Königlich Oesterreichisch-Ungarischen Gesandtschaftssekretär Grafen Grenville und Gemahlin, an den Kaiserlich Russischen Gesandtschaftssekretär Dr. Eichler, an den Staatsminister Turban und den gesammten Hofstaat.

Ihre Großherzogliche Hoheit die Fürstin zu Hohenlohe-Langenburg ist vorgestern in Karlsruhe eingetroffen und bei Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Prinzessin Elisabeth abgestiegen. Die Fürstin ist von ihrer Tochter, Prinzessin Feodora, begleitet und gedenkt einige Zeit hier zu verweilen.

(Postales.) In Oesterreich-Ungarn werden fortan die den Postträgern aus Deutschland beigefügten stempel-pflichtigen Wechsel, Quittungen u. s. w., auf welchen die Oesterreichisch-Ungarischen Stempel nicht bereits verzeichnet sind, durch Vermittelung der Postanstalten versteuert werden. Dies wird in der Weise geschehen, daß die Postanstalten den Betrag der Stempelgebühren von dem auf Grund des Postauftrags eingezogenen Betrag einbehalten und nur den gekürzten Betrag mittelst Postanweisung an den Auftraggeber einfenden.

(Die Verbände der landw. Konsumvereine und der landw. Kreditgenossenschaften in Baden) werden ihre Delegirtenversammlungen am 26. und 27. d. M. dahier abhalten. Am Montag den 26. beginnen die Verhandlungen der Konsumvereine, in welchen nächst der Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten des Verbandes die Anfragen und Mittheilungen aus den Vereinen die wichtigste Rolle spielen werden. An Stoff dürfte es nicht fehlen, denn die Zeitverhältnisse sind dem landw. Betriebe wenig günstig, die meisten Produkte haben einen Preisstand so nieder wie seit langen Jahren nicht mehr erreicht und dem Abhabe der Produkte stehen außerordentliche Schwierigkeiten entgegen. Auch hierin durch vereinte Kräfte zu helfen ist eine bedeutungsvolle aber schwere Aufgabe.

Die Delegirtenversammlung des Verbandes landw. Kreditgenossenschaften findet am folgenden Tag, den 27. d. M., statt. Die Gegenstände der Tagesordnung sind: Rechenschaftsbericht des Verbandspräsidenten, Prüfung und Verabschiedung der Rechnung, Mittheilungen der Verbandsrevisoren, Festsetzung der Mitgliederzahl des Ausschusses und Newwahl des Ausschusses für 1888/89. Vielleicht dürfte sich auch noch Zeit zu Anfragen in den Vereinen über besondere Vorkommnisse und Anliegen ergeben, da gerade in solchen Besprechungen so manche für die Vereinsthätigkeit bedeutungsvolle Fragen angeregt und durch den Austausch der gemachten Erfahrungen zum Nutzen aller Vereine behandelt zu werden pflegen. In der Organisation des ländlichen Personal-kreditwesens ist gerade in neuester Zeit ein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen, die Zahl der ländlichen Kreditvereine hat rasch zugenommen und sie beginnen in allen Theilen des Landes ihre segensreiche Wirksamkeit zu entfalten. — Alle Verbandsangehörigen und Freunde der Sache sind zur Theilnahme eingeladen. Die Versammlungen finden im oberen Saale des Café Royal, Eingang Ettlingerstraße, jeweils Morgens 10 Uhr, statt.

(Omnibusverkehr in der Stadt.) Dem Vernehmen nach soll mit Beginn des nächsten Quartals hier ein Omnibus-Unternehmen in's Leben treten, das, so viel man darüber hört, allerdings geianet sein würde, eine wesentliche Verkehrsvereinfachung herbeizuführen. Die Omnibusse sollen zwischen dem Bahnhof-Stadttheile und dem westlichen Stadttheile fahren, also den Verkehr derjenigen Quartiere vermitteln, die nicht durch die Pferdebahn mit einander verbunden sind.

(Ueber einen natürlichen Straßenzug), welcher den Tod eines Menschen zur Folge gehabt, berichten hiesige Blätter in folgender Weise. Vergangene Nacht, etwa um 12 1/2 Uhr, wurde der Oberlazarethgehilfe W. vom 1. Bad. Feldartillerieregiment Nr. 14 in der Nähe des Durlacher Thores erschossen. Er war mit einem Kameraden durch die Bähringerstraße gegangen und in der Nähe des Armenhauses von dem Metzgerburschen

S. von hier gerandelt worden, welcher, als M. und sein Begleiter ruhig des Weges weiter gingen, mit dem Taalshöner V. von Pforzheim demselben nachging. Beim arünen Baum geriet die beide Theile an einander, M. erhielt von S. einige Stiche ins Gesicht und in die Schultern, in Folge deren augenblicklich der Tod des Ueberfallenen eintrat. S., welcher von M. einen Säbelhieb erhielt, und S. wurden von der benachbarten Militärwache angehalten und der Polizei übergeben, worauf der erstere in das städtische Krankenhaus, letzterer ins Amtsfängnis verbracht wurde.

Pforzheim, 18. Jan. (Konzerte.) Lezten Dienstag ertheilte der Vorstand des Musikvereins die Mitglieder wieder mit einem sehr gelungenen Konzert. Es wirkten hiebei der Violoncellvirtuos und tal. Kammermusiker Herr E. Lübeck aus Berlin, die Sopranistin Fr. Marie Kocke aus Mannheim und der hiesige Männer-Gesangverein unter Leitung des Herrn Musikdirektor Th. Mohr mit. Herr Lübeck erwies sich hiebei durch sein in jeder Beziehung vollendetes Spiel als Künstler ersten Ranges, Fr. Kocke besaß eine gute Schule, sowie eine angenehme Vortragweise, welche ihr, wie Herrn Lübeck den Beifall des Auditoriums erwarb. Unser Männer-Gesangverein erlangt zu den vielen, früher schon gewonnenen, erneuten allzudehenden Erfolge. Insbesondere war dessen Vortrag des schwedischen Volksliedes „Spinn, Spinn“ von durchschlagender Wirkung, die den rauschendsten Applaus zur Folge hatte. — Am nächsten Donnerstag wird sich die berühmte Violoncellistin Fr. Arma Senckow unter Mitwirkung des Pianisten Herrn Felix Drehschod hier wieder in einem Abonnementskonzert produzieren. Der gefeierten Künstlerin und ihrem Kollegen ist auch diesmal ein schöner Erfolg gesichert.

Pforzheim, 19. Jan. (Kunstgewerbliches. — Velfort-Feier. — Fremdenfrequenz.) Die gestern in dem Saale der Kunstgewerbe-Schule ausgetheilten Konkurrenzentwürfe für die deutsche Bijouterie hatten sich fleißiger und eingehender Beschäftigung hiesiger Interessenten zu erfreuen und lieferten ein schönes Bild von der Leistungsfähigkeit der Fachzeichner, obwohl auch manche mittelmäßige und nicht besonders hübsche Arbeiten vorhanden waren. Im allgemeinen glauben wir wahrzunehmen zu haben, schreibt der „Pforz. Beob.“, daß der Einfluß der Kunstgewerbe-Schule bei verschiedenen Entwürfen nicht zu verkennen war. Die Kompositionen erwiesen sich zum Theil als gut gemacht, geschmackvoll zusammengefaßt, und, was wohl von großer Wichtigkeit bei solchen Entwürfen ist, sie sind mitunter ohne allzugroßen Kostenaufwand ausführbar. Die besten Entwürfe wurden von dem Kunstgewerbe-Verein angekauft, um in einem Musterkataloge Verwendung zu finden. — Einem schönen Gebrauch folgend, veranstaltete der hiesige Veteranenverein gestern Abend im „Schwarzen Adler“ zur Erinnerung an die rühmlichen Schlachtstage von Velfort eine Feier, die sehr zahlreich besucht war und einen harmonischen Verlauf nahm. Die Eröffnung der Feier geschah durch einen von Frau Theaterdirektor Delloff vorgetragenen Prolog, der in kräftigen Bildern ein Bild deutscher Heldenthaten entrollte. Verschiedene Deklamationen fanden eine sehr beifällige Aufnahme und waren geeignet, das Auditorium in die richtige Begeisterung zu versetzen. — Die Fremdenfrequenz in unserer Stadt bezieht sich nach den aus Gasthöfen und Herbergen täglich einzureichenden Fremdenlisten im Jahr 1884 auf 30,687 Personen; sie ist also im Vergleich mit den beiden Vorjahren wesentlich gestiegen, da im Jahre 1883 nur 28,916 und im Jahr 1882 nur 28,656 Fremde hier verkehrten.

Mannheim, 20. Jan. (Tel.) (Verhaftung.) Gutem Vernehmen nach ist festgestellt, daß der gestern in Hohenheim verhaftete Schreinermeister, an dessen innerer Handfläche sich eine etwa acht Tage alte Schnittwunde befindet, vor acht Tagen sich in Frankfurt a. M. aufgehalten hat. (Die „N. B. L.“ berichtet in einer Korrespondenz aus Hohenheim über die Verhaftung und die sie begleitenden Umstände folgendes: Heute Mittag wurde dabei ein Handwerksbursche verhaftet, der ohne genügende Legitimationspapiere war. Bei seiner Verhaftung schoß er auf den Gendarmen und fand man bei Durchsuchung des Arrestanten noch viele Patronen bei demselben. Der Verhaftete hat einen Schnitt am Arme. Er wurde mit dem nächsten Zuge nach Mannheim verbracht.)

Sichtersheim, Amts Sinsheim, 19. Jan. (Bürgermeister-Wahl.) Nachdem die vor einigen Tagen vorgenommene Bürgermeisterei-Wahl resultatlos geblieben, war auf vorgestern ein neuer Wahlsakt anberaumt worden, in welchem Herr Fr. Schweikert mit 66 Stimmen zum Bürgermeister gewählt wurde.

Michelsfeld, Amts Sinsheim, 19. Jan. (Auf Einladung mehrerer Sinsheimer) des Ansehens hiesiger versammelten sich fast sämtliche Interessenten der Orte Weiler, Hilsbach, Waldbangelloch, Michelsfeld, Sichtersheim und Eichelbach im Saale des Gasthauses zum Adler in Michelsfeld, um einen Zweigverein zu gründen. Es wurde hervorgehoben, der Zweck des zu gründenden Vereins bestehe vornehmlich in der Abhaltung von regelmäßigen Versammlungen, in denen man Belehrung finden könne, und in gegenseitiger Unterstützung. Die Gründung des Vereins kam auch zustande, der unter dem Namen „Ansehenshiesiger Verein“ in's Leben treten wird. Hauptlehrer Bullina von Waldbangelloch wurde zum Vorstand ernannt. Daß ein Bedürfnis vorhanden war, geht schon aus dem Umstande hervor, daß so leicht 25 Mitglieder beitraten.

Waldbach, 19. Jan. (Velfort-Feier.) Die vom hiesigen Kriegerverein auf Samstag Abend in der Restauration Boat veranstaltete Velfort-Feier war sehr zahlreich besucht und nahm dieselbe unter dankenswerther Mitwirkung der Stadtmusik einen durchweg befriedigenden Verlauf. Mit warmen, von ächtem Patriotismus getragenen Worten begrüßte Herr Vereinsvorstand Schmidt die Anwesenden, seiner Freude über den zahlreichen Besuch Ausdruck gebend und betonend, daß heute jeder Deutsche mehr denn je mit Stolz sich als Deutscher fühlen dürfe. Herr Kreissekretär Kempf erläuterte darauf in längerer, mit Meisterhaftigkeit vorgetragener Rede die Bedeutung der Feier. Redner schloß mit einem Hoch auf Seine Majestät den Kaiser, welches wie das von Herrn Bürgermeister Mayer auf Seine Königl. Hoheit den Großherzog ausgebrachte von der Versammlung sämmtlich aufgenommen wurde.

Willingen, 19. Jan. (Erinnerungsfeier.) Ein Fest, das die ganze hiesige Bevölkerung in die freudigste Bewegung setzte, wurde gestern Abend gefeiert, es wurde vom Kriegerverein die Gedächtnisfeier an die Schlacht von Velfort veranstaltet. Um 7 Uhr bewegte sich der imposante Zug des Kriegervereins, der Feuerwehr, des Turnvereins, des Sängerbundes und der Feuerwehr-Musik unter klingendem Spiel und Fackelzug vom Rietthor aus über den Marktplatz nach dem Niederthor, von da durch die Gerberstraße, durch die Veldenstraße zum Kriegervandmal, welches im Nebel magisch beleuchtet war. Der sehr geräumige Saal des „Löwen“ war kaum im Stande, die Theilnehmer alle zu fassen. Der erste Vorstand des „Kriegervereins“, Dr. Dr. Holzhauser,

schilderte in einer längeren Rede die Noth, die Gefahren und Strapazen der badiſchen Truppen, denen sie am 15., 16. und 17. Jan. 1871 ausgeſetzt waren. Er schloß mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser, welches mit allgemeiner Begeisterung aufgenommen wurde. Herr M. Rion, zweiter Vorstand des Kriegerbundes, hob in einer kurzen aber markigen Rede die Theilnahme Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs hervor, höchstwelscher in hervorragender Weise für die Wiedergeburt des Deutschen Reiches gewirkt habe, wie er unter den deutschen Fürsten der erste gewesen sei, am 18. Januar 1871 im Schlosse zu Versailles ein Hoch auf den proklamirten Kaiser Wilhelm anzusprechen. Mit einem allgemein begeistert aufgenommenen Hoch auf unsern allverehrten Großherzog schloß der Redner. Zu erwähnen ist noch, daß der hiesige Gemeinderath zur Veranstaltung dieser Gedächtnisfeier 100 M. bewilligt hat.

Theater und Kunst.

(Großh. Hoftheater.) In Karlsruhe. Donnerstag, 22. Jan. 12. Ab. Vorst.: *Nathan der Weise*, dramatisches Gedicht in 5 Akten, von Lessing. Anfang 7/7 Uhr.

In Baden. Mittwoch, 21. Jan. 14. Ab. Vorst.: *Der Freischütz*, romantische Oper in 3 Aufzügen, von Friedr. Klab. Anfang 7/7 Uhr.

Verschiedenes.

— **Strasburg, 18. Jan.** Heute Morgen starb hochbetagt E. Kraß, Präsident des Direktoriums und Oberkonsistoriums der protestantischen Kirche Ausasbücker Konfession, früherer Maire von Strasburg.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 20. Jan. Wegen eines leichten Unwohlseins Seiner Majestät des Kaisers ist der Opernball auf den 30. Januar verschoben worden. Der Kaiser ist heute Vormittag länger als gewöhnlich im Bett geblieben, hat dasselbe aber zu Mittag verlassen.

Berlin, 20. Jan. Der Reichstag genehmigte in erster und zweiter Lesung den deutsch-griechischen Handelsvertrag. Der Regierungskommissar Schraubt erklärte dem Abg. Brömel gegenüber, es seien allerdings infolge unseres Zolltarifs Vergünstigungen erzielt, namentlich bezüglich des deutschen Exports von Eisenwaaren und Maschinentheilen nach Griechenland. Darauf folgt die Berathung des Marine-Etats.

Abg. v. Frankenstein erklärt im Namen des Centrums, dasselbe werde für den Marine-Etat stimmen, lehne aber ab, daß daraus Konsequenzen für die Uebereinstimmung der Partei mit einer Kolonialpolitik gezogen werden, welche den Rahmen überschreite, welchen der Reichskanzler im Juni vorigen Jahres angedeutet habe.

v. Stauffenberg bemerkt, auch seine Partei erkenne die Nothwendigkeit und Angemessenheit der gestellten Forderungen an ohne Präjudiz für die Stellung der Partei zur Kolonialpolitik. Hasenclever spricht gegen die Kolonialpolitik und gegen die Forderungen zu deren Gunsten. v. Helldorf befürwortet die Kolonialpolitik. Bezüglich der im Juni abgegebenen Erklärungen des Reichskanzlers sei zu berücksichtigen, daß der Reichskanzler dem Auslande einen nicht zu tiefen Einblick in die Absichten der Regierung thun lassen dürfte.

Richter sagt, nach den bisherigen Erfahrungen empfehle sich eine Erwerbung von Kolonien nur da, wo bereits ein leistungsfähiger Stamm deutscher Ansiedler vorhanden ist. Der gesammte Marine-Etat wurde ohne wesentliche weitere Debatte angenommen.

Berlin, 20. Jan. Der dem Reichstage morgen zugehende Degehäuser'sche Börsensteuer-Antrag ist von der nationalliberalen Partei dahin abgeändert worden, daß die Besteuerung nicht von 1000, sondern von 5000 Mark ab beginnt und die Steuer auch bei Geschäften von über 100,000 M. steigt, und zwar für je 100,000 um 2 M.

Berlin, 20. Jan. Das Abgeordnetenhaus wählte

durch Affirmation den Abg. Sachse an Stelle von Stefens zum Schriftführer. Bei der Etatberathung bestritt Abg. v. Huene, daß die neue Wirtschaftspolitik Fiasco gemacht habe. Der preussische Etat sei jedoch allerdings nicht befriedigend. Dem von einem Reichstags-Mitglied eingebrachten Börsensteuer-Entwurf werde das Centrum zustimmen. Finanzminister Scholz erklärt, die Aufhebung der dritten und vierten Steuerstufe solle in den übrigen direkten Steuern und der Kapitalrenten-Steuer Ausgleich finden; schene man vor dieser Aufhebung zurück, so verliere das Interesse an der ganzen Sache. Die Getreidezölle anlangend, wolle er nur davor warnen, einen Theil der Getreidezoll-Einnahmen zu einer ganz bestimmten Ausgabe zu verwenden; ebenso verhältnißvoll für die Finanzverwaltung wäre es, das den Kommunen zuzuführende aus schwankenden Summen bestehen zu lassen. Der Minister widerlegt den wiederkehrenden Vorwurf, die Regierung wolle durch Einführung des indirekten Steuersystems sich unbefchränkte und unkontrollirbare Einnahmen schaffen. Er weist auf den Brief des Reichskanzlers vom vorigen Monat hin, wonach Zolleinnahmen die nothwendigen Ausgaben decken und die Last der direkten Steuern erleichtern sollen.

v. Benda spricht gegen die Erhöhung der Holzzölle; auch die Beseitigung der dritten und vierten Steuerstufe würde abgelehnt werden. Zur Umgestaltung der direkten Steuern seien die Nationalliberalen bereit.

Minister Maybach erklärt die geringeren Ueberschüsse des Eisenbahn-Etats aus der Zurückführung der Tarife; er stellt eine Vorlage wegen Stundbahnen in Aussicht. Der Finanzminister führt aus, daß es unmöglich war, die Zuckerkrise voranzusehen. Fortsetzung morgen.

Wien, 20. Jan. Dem Abgeordnetenhaus gingen die Gesetzesentwürfe gegen gemeingefährlich: sozialistische Bestrebungen und gegen den gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen zu. Der erstere Gesetzesentwurf bezieht sich auf Vereine, Versammlungen und Druckschriften sozialistischer Tendenz und soll vorläufig nur eine fünfjährige Geltungsdauer haben. Die Hauptverhandlung bei Anlagen würde nach dem Gesetz über die zeitweilige Einstellung der Schwurgerichte erfolgen. Das Gesetz über die Einstellung der Schwurgerichte für Wien, Kornenburg und Wiener Neustadt tritt außer Kraft. Das Sprengstoff-Gesetz ist dem Muster des englischen und des deutschen Gesetzes nachgebildet.

London, 20. Jan. Die „Times“ weist auf's entschiedenste die französischen Gegenvorschläge bezüglich Egyptens zurück und glaubt, England könne einen neuen Plan unterbreiten, wonach England die Neunmillionen-Anleihe allein garantire und die Einnahmen aus der Delta und den Domänen als Sicherheit nicht beanspruche. Dadurch würde natürlich die Btheiligung der übrigen Mächte an der Verwaltung Egyptens ausgeschlossen und die Aufhebung des Liquidationsgesetzes bedingt.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Trost in Karlsruhe.

Familiennachrichten.

Karlsruhe, Auszug aus dem Standebuch-Register. Todesfälle. 19. Jan. Rosa, 2 J. B.: Schuhmacher Dör. — Jakob Schreiber, Chemann, Bädermeister, 65 J. — Emilie Vogel, ledig, Kleidermacherin, 37 J. — 20. Franziska, Ehefrau von Schuhmacher Göb, 33 J.

Witterungsbeobachtungen der Meteorologischen Station Karlsruhe.

Januar	Barom.	Thermom.	Absolute	Relative	Wind.	Himmel.
	mm	in C.	Feucht.	Feuchtig.		
			in mm	in %		
19. Nachts 9 Uhr	756.1	- 3.8	2.8	82	NE 0	Nar
20. Morgs. 7 Uhr	753.9	- 6.4	2.9	79	NE 0	"
" Mittags 2 Uhr	752.7	- 2.0	2.2	56	NE 0	"

Wasserstand des Rheins. Mainz, 20. Jan., Morgs. 2.48 m gefallen 4 cm.

Wetterkarte vom 20. Januar, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Das barometrische Maximum hat sich südwärts nach Südwest-Rußland verschoben und von neuem an Höhe abgenommen. In Scandinavien herrschen schwache südwestliche Winde mit wolkenigem Wetter; gleichwohl ist die Temperatur nur in Norwegen gestiegen, in Schweden herabgegangen. Auch in Deutschland ist größtentheils beträchtlich: Verschärfung des Frostes eingetreten (am kältesten ist Kassel mit -12 Grad). Beachtenswerth erscheint die auf ganz Westeuropa sich erstreckende andauernde Abnahme des Luftdruckes.

Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 20. Januar 1885

Staatspapiere.	Banquiers	
4% Deutsche Reichsanleihe	Staatsbahn	249 3/4
108 3/4	Lombarden	
4% Preuss. Cons.	Galizier	218 3/4
103 1/2	Elbthal	149 3/4
4% Baden in fl.	Medlenburger	195 1/2
108 3/4	Mainzer	109 3/8
4% in M.	Lübeck-Büchen	169 3/8
108 3/4	Gotthard	107 1/8
4% Ungar. Goldr.	Loose, Wechsel zc.	
79 3/4	1877r. Russen	97 1/8
107 1/2	1880r.	82 1/8
107 1/2	11. Orientanleihe	64 1/8
107 1/2	Italiener	97 1/8
107 1/2	Egypter	65 1/8
107 1/2	Spanier	60 1/8
107 1/2	5% Serben	87 1/8
107 1/2	Banken.	
255 1/8	Kreditaktien	254 1/8
255 1/8	Disconto Com.	254 1/8
204 1/8	mandit	204 1/8
150 1/8	Basler Bankver.	150 1/8
150 1/8	Darmstädter Bank	150 1/8
87 1/8	5% Serb. Hyp. Ob.	87 1/8

Nachbörse.

Berlin.	Wien.
Def. Kreditakt. 511.	Kreditaktien 301.40
Staatsbahn 609.50	Markanten 60.35
Lombarden 244.50	Tendenz: reservirt.
Disco. Comman. 204.50	Pariß.
Kaurahütte 99.60	4 1/2% Anleihe 109.91
Dortmunder 59.90	Spanier 60 1/8
Marienburg 83.10	Egypter 327.—
Böhm. Nordbahn —	Ottomane 597.—
Tendenz: —	Tendenz: —

Todesanzeige.

2.578. Freiburg. Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser geliebter Gatte, Vater u. Schwiegerjohn,

Friedrich Zahn,
Großh. Oberzollinspektor,
heute Mittag 2 Uhr nach kurzer Krankheit in Folge eines Herzschlags verschieden ist.

Die Beerdigung findet Mittwoch den 21., Nachmittags 3 1/2 Uhr, statt. Dies hat besonderer Anzeige. Freiburg, den 19. Januar 1885.
Maria Zahn-Kapferer.
Karl Zahn, stud. med.
Maria, Frieda und Clara Zahn.

Todesanzeige.

2.585. Neufreistett. Wir erfüllen die schmerzliche Pflicht, Verwandte, Freunde und Bekannte von dem Hinscheiden unseres theueren Gatten, Vaters, Großvaters, Schwiegervaters und Onkels,

des Herrn **August Guth sr.** in Kenntniß zu setzen. Er verschied nach längerem Krankenlager ruhig in Folge eines Herzschlages am 18. dieses Monats. Um stille Theilnahme bitten, Neufreistett, 19. Januar 1885, Die trauernden Hinterbliebenen.

Bekanntmachung.

Die Winter-Stiftung betr. Bei der heute stattgehabten stiftungsmäßigen Vertheilung des Stipendiums für Schüler der Polytechnischen Schule dahier aus der Winter-Stiftung wurden aus den zur Verwendung bestimmten 257 M. 14 S den Studirenden Julius Karg von Heddesheim, Ludwig Kweider von Hochstetten, und Josef Beringer von Niederrimsingen je 85 M. 71 S zugewiesen, was unter Bezug auf S. 6 der Stiftungs-Urkunde hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird. Karlsruhe, den 19. Januar 1885. Stadtrath. Lauter. Schumacher.

M.107. Die Fürstlich Fürstlich-burgische Anstaltsgabe für 1885 ist zu vertheilen. Die Bürgermeisterämter der Fürstlich Fürstlich-burgischen Gemeinden werden mit Bezug auf die ihnen mitgetheilte Stiftungsurkunde vom Jahre 1854 ersucht, dieselbe den zur Verwendung Bestimmten zu eröffnen, damit sie ihre Eingaben mit den vorgeschriebenen Bezeugnissen längstens bis 1. März l. J. bei den betreffenden Fürstlichen Rentämtern einreichen. (O.B. 6959)

Heilung der Fettsucht
unter Garantie ohne Hungerkur, ohne Störung der Berufstätigkeit etc. etc. Näheres gegen 30 Pf. Postmarken.
Dr. Hartmann, Berlin S.
Prinzenstrasse 47. K. 604.16

Hamburg-Havre Amerika.
Nach New-York von Hamburg
Mittwochs u. Sonntags, von Havre Dienstags
mit Post-Dampfschiffen der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actien-Gesellschaft
Auskunft und Ueberfahrts-Verträge bei R. Schmitt & Sohn, Karlsruherstr. 32, Johann-Friedrichsberger-Marienstr. 17 u. Heinz Strohmaier in Karlsruhe und Jacob Kern in Mühlbach.
Ein erster Scribent
sucht, geküßt auf vorzügliche Zeugnisse, Stellung. Offerten an die Expedition dies. Bl. unter N. M. Nr. 333. K. 481.3.
M. 71.2. Nr. 107. Die Rheinbau-Inspektion Offenburg hat 50 Kilo Kupferabfälle telegraphischer Batterien zu veräußern und steht schriftlichem Angebote pro Kilo entgegen. Das Kupfer lagert bei dem Brückenmeister Stern in Rehl.

A. Hartleben's Verlag in Wien.

AFRIKA
Der dunkle Erdtheil
Lichte unserer Zeit
Erscheint in 30 Lieferungen à 30 Kr. = 60 Pf.
Mit 300 Illustrationen in Holzschnitt und vielen Karten.
In beziehen durch die G. Braun'sche Hofbuchhandlung in Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße Nr. 14.
A. Hartleben's Verlag in Wien.

Deutsche Grundcredit-Bank in Gotha.

Pfandbrief-Convertirung.
Bisher sind in Folge der Aufforderung an die Inhaber unserer Pfandbriefe rund Mark 65,000,000 zur Convertirung angemeldet. Unsere Correspondenten stellen noch weitere erhebliche Anmeldungen in Aussicht.
In Folge dessen verlängern wir die Anmeldefrist zur Convertirung — auf Grund der Bekanntmachung vom 3. December pr. —
bis zum 31. Januar cr.
und ermächtigen unsere bisherigen Depotstellen zu weiteren Annahmen von Convertirungs-Anmeldungen.
Gotha, den 18. Januar 1885.

Deutsche Grundcredit-Bank.
Landsky. R. Frieboes.
In Karlsruhe nimmt Anmeldungen entgegen
Herr Veit L. Homburger.

ASTHMA
Indische Cigaretten
mit Canabis indica-Öl
von GRIMAUULT & Co.
Apotheker in Paris
Durch Einathmen des Rauches der Canabis-indica-Cigaretten verschwinden die heftigsten Asthmaanfalle, Krampfanfälle, Keiserkeit, Geschwätz, Schlaflosigkeit und wird die Catarrhschleimhaut, sowie alle Beschwerden der Atmungswege beseitigt.
Jede Cigarette trägt die Unterschrift GRIMAUULT & Co.
Niederlage in allen größeren Apotheken.

Bürgerliche Rechtspflege.
Verschleppungsverfahren.
2.565. Nr. 629. Vörrach. Unserm Ausschreiben vom 29. v. Mts., Nr. 19,490, ist ergänzend beizufügen, daß das Vermögen des Johann Hofmann den Geschwistern Ernst Friedrich, Katharina Barbara u. Maria Katharina Hofmann von Dellingen in sorgfältigen Besitz gegeben werde.
Vörrach, den 12. Januar 1885.
Großh. bad. Amtsgericht.
Der Gerichtsschreiber: Appel.

Erbverordnungen.
M. 88. Rothweil. Zur Verlassenschaft des am 8. Januar d. J. verstorbenen Alt-Rathschreibers Pantaleon Pittner von Oberbergen ist dessen Sohn, Ernst Pittner, welcher vor mehreren Jahren nach Amerika ausgewandert ist, mitzuberufen.
Da der Aufenthaltsort des Ernst Pittner hier nicht bekannt ist, so ergeht an ihn oder seine ehelichen Nachkommen hiemit die Aufforderung, binnen drei Monaten ihre Erbansprüche dahier geltend zu machen, widrigenfalls die Verlassenschaft unter diejenigen Personen vertheilt würde, welchen solche zuläme, wenn die Aufgebotsfrist zur Zeit des Erbanspruchs nicht mehr am Leben gewesen wären.
Rothweil, den 16. Januar 1885.
Großherzoglich. Notar E. Gallus.

M. 94. Bruchsal. Franz Joseph Neubert von hier, seit Jahren an unbekanntem Orten abwesend, ist zur Verlassenschaft seiner Mutter, Franz Reubert Ehefrau, Florentine, geb. Weisel von hier, berufen. Derselbe wird hiermit aufgefordert, sich binnen drei Monaten von heute an zur Empfangnahme seines Erbtheils dahier zu melden, andernfalls

die Erbschaft, denen zufiele, denen sie zugewiesen wäre, wenn er, der Vorgesetzte, zur Zeit des Erbanspruchs nicht mehr gelebt hätte.
Bruchsal, den 16. Januar 1885.
Großherzoglich. Notar Kirchgeßner.

M. 521. Nr. 294. Konstanz. In das diesseitige Handelsregister wurde eingetragen:
A. In das Gesellschaftsregister: Zu D. 3. 73 zur Firma Franz Schneider u. Sohn in Konstanz: Die Gesellschaft ist durch gegenseitige Uebereinkunft aufgelöst worden. Aktiva und Passiva sind vertragsgemäß auf den bisherigen Gesellschafter Franz Schneider übergegangen.
B. In das Firmenregister: 1. Zu D. 3. 228 zur Firma Louis Frank in Konstanz: Ehevertrag des Louis Frank mit Emma Dettli von Wangen, d. d. Konstanz, 15. Oktober 1884, wonach festgelegt wurde, daß jeder Theil 100 M. in die Gütergemeinschaft einwerfe, alles übrige jeigige und künftige Einbringen als verlegenschaftet von derselben anschlüsse.
2. Unter D. 3. 308: Firma Franz Schneider u. Sohn in Konstanz. Inhaber derselben ist Franz Schneider, Ofenfabrikant in Konstanz.
Konstanz, den 12. Januar 1885.
Großh. bad. Amtsgericht. Schönle.

M. 531. Nr. 238. Bühl. Unter D. 3. 133 wurde heute ins Firm.Reg. eingetragen die Firma: „Bernhard Wertheimer“ in Bühl. Inhaber der Firma ist Kaufmann Bernhard Wertheimer, wohnhaft in Bühl, verheiratet mit Cäcilie Dreufuß von Heidesheim. Der Ehevertrag d. d. 4. November 1877 besagt in § 1: Jeder Theil wirft von seinem fahrenden Vermögen die Summe von M. 100 — Einhundert Mark — in die Gütergemeinschaft, wogegen alles übrige, gegenwärtige und zukünftige, bewegliche und unbewegliche, durch Erbschaft, Schenkung und Vermächtniß erhaltene Vermögen mit den darauf ruhenden Schulden von dieser Gemeinschaft ausgeschlossen wird, Sondervermögen des beibringenden Theils bildet, dem es dereinst vorweg erlegt werden muß.
Bühl, den 13. Januar 1885.
Großh. bad. Amtsgericht. Stehle.

M. 559. Nr. 1898. Heidelberg. In das diesseitige Handelsregister wurde eingetragen:

a. In das Firmenregister: Die Firma „Joseph Bodenheimer“ in Heidelberg, eingetragen sub D. 3. 199, ist erloschen.
b. In das Gesellschaftsregister: sub D. 3. 216: Nr. 1897: Die Firma „Gebr. Bodenheimer“ mit Sitz in Heidelberg. Theilhaber der Firma sind die Pflanzbändler Joseph Bodenheimer und Karl Bodenheimer von hier. Der Erstere ist mit Regine Ebb von Dambach verheiratet. Nach Art. 2 des Ehevertrags ist die Gemeinschaft auf die Errungenschaft beschränkt. Der Letztere ist ledig. Die Gesellschaft hat am 1. Januar d. J. begonnen und ist auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Jeder Theilhaber ist für sich allein berechtigt, die Gesellschaft zu vertreten und zu zeichnen.
Heidelberg, den 14. Januar 1885.
Großh. bad. Amtsgericht. Büchner.

M. 551. Nr. 404. Weinheim. Unter dem heutigen wurde in das Handelsregister eingetragen:
I. In das Firmenregister zu D. 3. 139, die Firma „W. Bayer“ in Weinheim betr.: Die Firma ist erloschen.
II. In das Gesellschaftsregister unter D. 3. 41: Die Firma „Bayer & Janzer“ in Weinheim. Die Gesellschafter sind: 1. Wilhelm Hubert Bayer, Eisengießer, 2. Georg Adalbert Janzer, Deponom von Weinheim. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1885 begonnen. Jeder Theilhaber ist berechtigt, die Gesellschaft zu vertreten. Das Mitglie Wilhelm Hubert Bayer ist verheiratet mit Maria Theresia Bader, geborene Wenges. In dem zwischen ihnen unter d. d. Oktober 1880 zu Mannheim errichteten Ehevertrag wurde bestimmt, daß unter ihnen die bürgerliche Vermögensabsonderung nach Maßgabe des P. R. S. 1596 besteht und das beiderseitige Vermögen durchaus getrennt bleiben soll.
Weinheim, den 12. Januar 1885.
Großh. bad. Amtsgericht. v. Bodman.

M. 577. Nr. 1374. Billingen. In das diesseitige Musterregister wurde unter dem heutigen eingetragen:
Firma F. Heine & Sohn in Schönenbach: 3 Muster für Griffelstippen; offen; Muster für plastische Erzeugnisse; Fabriknummern 2, 3, 4; Schutzfrist 3 Jahre; angemeldet 18. Januar 1885. Vormittags 10 1/2 Uhr.
Billingen, den 19. Januar 1885.
Großh. bad. Amtsgericht. Rönige.

Zwangsvollstreckung.
2.576. Rastatt. **Steigerungs-Ankündigung.**

Im Vollstreckungswege werden am Donnerstag dem 22. d. M., Vormittags 10 Uhr, im Pfandlokal (Rathhaus) dahier gegen Baarzahlung versteigert:
1 Korn'sche Tiegeldruckpresse, 1 Drahtbestmalmaschine, 1 Papierstreichmaschine, 427 Kg Druckrollen und Einfassung, 326 Stück Monogramme u. Initialen, 304 Stück Holzschrauben, 6 Stück Blechschrauben, 3290 Messingstücke etc., 450 kg Scheibepapier und 82 Kilo Post-, Kanzlei- und Konzeptpapier; ferner 1 aufgerichtetes Bett, 4 Dienstabtheiten, 1 Sopha, 5 Kleiderkästen, 1 Kommode, 1 Schreibtisch, 2 Wäsch- u. 2 Nachttische, 2 Ovale, 3 Spiegel, 1 Regulator und 1 Nähmaschine.
Rastatt, den 19. Januar 1885.
Schubnell, Gerichtsvollzieher.

Etrafrechtspflege.
Bekanntmachung.
2.581. Nr. 202. Schweigenen. Die von der Großh. Obergemeinde Schweigenen mit Strafbefehl vom 8. Mai 1884 gegen den Schreinermeister Karl August Schwert von Regensburg wegen Erwerbsteuer Hinterziehung erkannte Geldstrafe von 7 M. 10 Pf. wurde unter dem heutigen in eine Haftstrafe von zwei Tagen umgewandelt. Es wird erbeten, die dem Karl Gustav Schwert zu eröffnen und die Haftstrafe an demselben zu vollziehen, falls er nicht die Geldstrafe erlegt.
Schweigenen, den 7. Januar 1885.
Großh. bad. Amtsgericht. Mündel.

Holzversteigerung.
M. 101.1. Nr. 38. Die Gr. Bezirksforstei Langensteinbach versteigert aus Domänenwald Köpflerwald am Montag, 26. Januar 1885:
Nutzholz: 95 Eichen II., IV. Klasse, 11 Buchen, 11 Hainbuchen, 3 Forstentämme IV. Kl., 13 Fichtenentämme IV. u. V. Kl., 59 forstene Säglöße, 17 Laattenlöse, 50 fichtene Säglöße, 21 Laattenlöse, 235 fichtene Hopsenfängen I.-IV. Klasse, 75 Rehteden, 41 Ster Hainbuchen, 8 1/2 Ster Eichenrollenholz; am Dienstag, 27. Januar 1885:
Brennholz: 165 Ster Buchen, 46 Ster Eichen, 18 Ster gemischtes, 29 Ster Nadelholz, 45 Ster Buchene, 29 Ster eichene, 16 Ster gemischte, 9 Ster forstene Prägel, 2190 buchene, 575 eichene, 2725 gemischte, 760 forstene Wellen, 6 Loose Schlagraum.
Die Verhandlung beginnt jeweils Vormittags 10 Uhr auf dem Rathhause in Langensteinbach.
Langhütter Belte und Kies von Langensteinbach zeigen das Holz vor. Letzterer fertigt Auszüge über das Nutzholz.

Berm. Bekanntmachungen.

M. 110. Karlsruhe. Bekanntmachung.
Den Transport von Auswanderern betreffend.
Nachdem die Auswanderungsunternehmer Rabus und Stoll in Mannheim ihre Geschäftsverbindung mit der Compagnie Générale Transatlantique in Paris aufgegeben haben, wird die ihnen unterm 21. Juni 1879, Nr. 9094, ertheilte Erlaubniß zum Geschäftsbetrieb in Verbindung mit genannter Gesellschaft hiermit für erloschen erklärt. Dies wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht.
Karlsruhe, den 16. Januar 1885.
Großh. Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor: Eisenlohr. Scherer.

M. 106. Karlsruhe. Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Mit sofortiger Gültigkeit werden werden die im rheinisch-westfälisch-besessenen Kohlen-Ausnahmestarif vom 1. Juli 1882 für Eberbach H. L. B. vorgesehene Frachtsätze auf Eberbach Bad. Bahn übertragen.
Karlsruhe, den 20. Januar 1885.
General-Direktion.

M. 103.1. Nr. 152. Karlsruhe. Wasserleitungsarbeiten.
Für die Gemeinde Langenbrücken vergeben wir die zur Herstellung einer Wasserleitung erforderlichen Arbeiten, und zwar:
1. Erdarbeiten, im Anschlag von 536 M.
2. Eisenarbeiten, im Anschlag von 2763 M.
3. Maurerarbeit, im Anschlag von 950 M.
Pläne und Bedingungen sind bei Gr. Kulturinspektion in Karlsruhe sowie auf dem Rathhause in Langenbrücken einzusehen.
Die Eröffnung der beim Bürgermeisterrat Langenbrücken einzureichenden, in Prozenten des Voranschlags ausgedrückten Angebote, welche nach Bauarbeiten getrennt zu halten sind, findet

Donnerstag den 5. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr, auf dem Rathhause in Langenbrücken statt.
Karlsruhe, den 19. Januar 1885.
Großh. Kultur-Inspektion. M. 69. b. 2. Nr. 284. Bruchsal. **Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**

Nachbenannte Bauarbeiten zur Herstellung eines Aufnahmgebäudes auf Station Weingarten sollen öffentlich vergeben werden.
Veranschlagt M. 3
1. Grab- u. Maurerarbeit 9311 77
2. Steinhauerarbeit . . . 3489 42
3. Gypferarbeit . . . 1928 77
4. Zimmerarbeit . . . 2784 20
5. Schreinerarbeit . . . 2281 01
6. Glaserarbeit . . . 1132 15
7. Schlosserarbeit . . . 1430 35
8. Schmied- u. Gußwaren 522 36
9. Flechenerarbeit . . . 609 -
10. Schieferbederarbeit . . . 959 14
11. Anstreicharbeit . . . 882 21
zusammen 25430 88
Pläne, Voranschläge und Bedingungen liegen bei dem Unterzeichneten zur Einsicht auf. — Vergelegte Angebote auf sämtliche oder auf einzelne Arbeiten sind hieselbst portofrei und mit entsprechender Aufschrift versehen, längstens bis zu dem

Donnerstag dem 29. d. M., Vormittags halb zwölf Uhr, stattfinden die Eröffnung einzureichen. Bruchsal, den 15. Januar 1885.
Der Großh. Bahnbauinspektor. M. 78.2. Nr. 68. Weithem. **Bergabung von Bau-Arbeiten.**

Nachstehende Bauarbeiten zum Neubau eines Dienstgebäudes für die combinirte Berechnung und die Bezirksforstei in Tauberbischofsheim sollen im Submissionsswege in Afford vergeben werden:
im Anschlag von
Grab- und Maurerarbeit 19800 M.
Bergbauarbeit . . . 3000 -
Cementarbeit . . . 500 -
Steinhauerarbeit . . . 9000 -
Zimmerarbeit . . . 6500 -
Schreinerarbeit . . . 4000 -
Glaserarbeit . . . 1600 -
Schlosserarbeit . . . 2700 -
Flechenerarbeit . . . 900 -
Schieferbederarbeit . . . 1500 -
Länderarbeit . . . 1100 -
Lagerarbeit . . . 250 -
Angebote nach Einzelpreisen sind längstens bis Samstag den 31. Januar l. J., Abends 6 Uhr, schriftlich und verschlossen, mit entsprechender Aufschrift versehen, bei unterzeichneter Stelle portofrei einzureichen, wo auch bis dahin Pläne, Voranschläge und Affordbedingungen täglich eingesehen werden können.
Weithem, den 16. Januar 1885.
Großh. Bezirksbauinspektion. (Mit einer Beilage.)